

# Wochenblatt für Wilsdruff

## Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

### Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 41.

Dienstag, den 24. Mai

1887.

## Holzversteigerung auf Grillenburger Forstrevier.

Im Gasthose zu Grillenburg sollen

Dienstag, den 31. Mai d. J.,

von Vormittags 9 Uhr an,

folgende Nutz- und Brennholzer, als:

3 Stück rothbuche Stämme	von 11—19 cm	Mittensstärke,
31 = = = Alhzer	= bis 15 =	Oberstärke,
118 = = =	= 16—22 =	=
84 = = =	= 23—29 =	=
38 = = =	= 30—36 =	=
22 = = =	= 37—71 =	=
18 = weißbuche =	= 11—29 =	=
3 = birchene =	= 13—16 =	=
50 = Nadelholz-Verbstangen	= 10—12 =	Unterstärke,
40 = = =	= 13—15 =	=
2 Nm. Nadelholz-Nutzscheite,		
12 = Laubholz-Brennscheite,		
87 = Nadelholz-Brennscheite,		
18 = Laubholz-Brennküppel,		
22 = Nadelholz-Brennküppel,		
1 = Laubholz-Brennreisig,		
17,9 Wdh. = = =		
147,0 = Nadelholz-Brennreisig,		
6 Nm. buchene Nutzstübe		
1 = Laubholz-Brennstübe,		
227 = Nadelholz =		

in den Abtheilungen 2, 50, 55 und 61,

in den Abtheilungen 1, 24 und 50,

einzelnen und partienweise gegen sofortige Bezahlung in cashenmäßigen Münzsorten und unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu gebenden Bedingungen an die Meistbietenden versteigert werden.

Nähere Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Creditüberschreitungen sind unzulässig.

Grillenburger und Charandt, am 17. Mai 1887.

König. Revierverwaltung.

Nummer.

Königl. Forstrentamt.

In Interimsverwaltung:

Dittrich.

### Tagesgeschichte.

Die Branntweinsteuerkommission des Reichstags hat am Mittwoch mit allen gegen die freisinnigen Stimmen den § 3 des Gesetzes angenommen, welcher besagt, daß die Verbrauchsabgabe zu entrichten ist, sobald der Branntwein aus der steuerlichen Kontrolle in den freien Verkehr tritt. Zur Entrichtung der Abgabe ist derjenige verpflichtet, welcher den Branntwein zur freien Verfügung erhält. Neu beschlossen wurde, daß eine Stundung der Steuer auf drei Monate auch ohne Sicherheit erfolgen kann. Damit sind die drei ersten Paragraphen wesentlich nach der Regierungsvorlage angenommen und mit ihnen die Hauptbestimmungen des ganzen Gesetzes.

Die Gewerbekommision des Reichstags hat in ihrer Mehrheit von Konservativen und Centrumpartei gegen die nationalliberalen und freisinnigen Stimmen beschlossen, daß die der Innung nicht angehörenden Arbeitgeber schon dann zu den Kosten der Einrichtungen herangezogen werden können, wenn der Innung mehr als die Hälfte der selbstständigen Gewerbetreibenden des betreffenden Gewerbes angehört. Die Regierungsvorlage wollte die Entscheidung der Verwaltungsbehörde anheimgeben.

Berlin, 20. Mai. Die friedlichen Eindrücke der hiesigen politischen Kreise werden, wie man der „Köln. Ztg.“ berichtet, zwar zeitweilig durch ungünstige Meldungen aus Paris und Petersburg beeinträchtigt, aber doch nicht wesentlich erschüttert. Man läßt sich von den Heterereien hüten und bräben nicht mehr als nötig beunruhigen, zumal diejenigen, denen es obliegt, zweifellos wachsam und auf ihrer Hut bleiben. Ob es auf französischer Seite beispielsweise zu der probeweisen Mobilmachung im Westen Frankreichs wirklich kommen wird, ist ja noch nicht einmal festgestellt, und es würde daraus keinerlei ernsthafte Gefahr entstehen, wenn nicht noch andere Vorkehrungen damit zusammentreffen, was abzuwarten bleibt. Die Mehrheit der Franzosen sehnt sich schwerlich nach einem gemäßigten Kriege, und selbst die Unruhbestifter wissen, daß ein Krieg ohne einen verbündeten Wahnsinn wäre. Die Zurückweisung eines französischen Bündnisses durch den offiziellen russischen „Nord“ ist im Wortlaut noch viel entschiedener gefaßt, als in dem telegraphischen Auszuge. Der „Nord“ erklärt ausdrücklich die Angabe des Blattes „Paris“ für eine Erfindung, weil ein solches Bündniß in dem gegenwärtigen Stande der europäischen Dinge den Krieg entfesseln würde, Kaiser Alexander aber den Frieden wolle und deswegen die Freiheit seines Handelns wahre. Davon wird man doch auch in Frankreich Kenntniß nehmen müssen. Die Zeit ist für geheime Abmachungen keineswegs angethan. Daß man hier eine solche in anderer Richtung zwischen Rußland und Oesterreich fürchte und deswegen, wie ein englisches Blatt ausgeklügelt hat, die Geheimgeschichte wegen Bosniens enthüllt habe, ist geradezu albern. Man hatte schon von dem Bestehen daran erinnert, daß vor dem letzten türkischen Kriege kein deutsch-österreichisches Bündniß bestand, jetzt aber Oesterreich ohne Deutschlands Wissen sich mit Niemanden verständigen könne. Das gilt natürlich auch

für den Orient. Dort sind übrigens die Alarmgerüchte vorerst wieder verstummt. Die Pforte bringt noch immer in Petersburg auf eine Lösung, weil sie fürchtet, wenn es ein Mal doch wieder im Laufe der Zeit zu Aufständen käme, selbst ohne Rußlands Einschreiten eine Anzahl russischer Offiziere an der Spitze der Empörer, die wie bei früheren Gelegenheiten auf eigene Hand vorgehen würden, der Regentenschaft einen schweren Stand bereiten könnten. Aus diesem Grunde möchte die Pforte dem Provisorium ein Ende machen, aber sie legt der Regentenschaft keine Hindernisse in den Weg und bleibt inzwischen ihrerseits an der Grenze wachsam. Der Friede behält daher auch im Osten gute Aussichten.

Dem Deutschtum in Oesterreich droht schon wieder eine Gefahr, die sehr ernst genommen werden muß. Wenn die Prager „Politik“, das bekannte deutschgeschriebene Czechenblatt, recht berichtet ist, soll das Kabinett Laaffe endlich zu dem Entschlusse gelangt sein, den mährischen Landtag aufzulösen. Auf demselben haben die Deutschen noch die Mehrheit und ganz augenscheinlich zielt die signalisirte Maßregel des Grafen Laaffe auf die Umwandlung der bisherigen deutschen Mehrheit in eine czechische Mehrheit, wie es seiner Zeit in Böhmen gemacht wurde. Es bleibt noch abzuwarten, ob diese neueste Wendung der Laaffschen „Versöhnungspolitik“ den gewünschten Erfolg haben wird, denn in Währen giebt bei den Landtagswahlen der Großgrundbesitz den Ausschlag, und jener befindet sich weitüberwiegend in den Händen der Deutschen. Hoffentlich werden die deutschen Großgrundbesitzer taktfest bleiben, wenn von Seiten der Regierung versucht werden sollte, dieselben durch allerhand Versprechungen der deutschen Sache abspenstig zu machen.

Die französische Ministerkrise ist durch die Nachricht, daß Freycinet, der fast allseitig als der künftige Ministerpräsident bezeichnet wurde, die Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt hat, in ein noch ernsteres Stadium getreten. Man geht wohl kaum irre, wenn man annimmt, daß bei diesem Entschlusse die Frage wesentlich im Spiele gewesen ist, ob der General Boulanger auch im neuen Ministerium das Portefeuille des Kriegsministeriums erhalten soll. Freycinet mag es auf der einen Seite für bedenklich halten, einem Kabinet zu präsidieren, dessen Chef in Wirklichkeit ein Anderer sein würde, auf der anderen Seite wird er sich sagen, daß ein Ministerium ohne Boulanger, auf dessen Entfernung die Opportunisten vor wie nach bestehen, keine genügende Aussicht auf lange Dauer haben würde, denn er unterschätzt wohl, wie viele Andere, das Gewicht des Namens Boulanger“ und seine Popularität nicht. Freilich gehen in der französischen nicht bloß, sondern auch in der außerfranzösischen Presse darüber die Ansichten wesentlich auseinander, ob es rätlich sei, Boulanger als Kriegsminister in das neue Ministerium hinüberzunehmen.

Der russische Regierungsanzeiger meldet, daß am 20. d. das Todesurtheil an den letzten Kaiserthron-Attentätern, Generaloff, Andrejuschoff, Dissipanoff, Schewyreff und Ujaneff vollzogen worden ist. Der in russischen Diensten stehende „Nord“ bringt ein hochoffizielles